

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Wadersloh im Ausschusszimmer (Tel. 950-105) des Rathauses Wadersloh am 22.06.2005

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:36 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

RM Driftmeier, Josef

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Hollenhorst, Elisabeth

RM Marx, Bernd

RM Nienaber, Ulrich

Mitglieder:

RM Petertombek, Paul

RM Schmidt, Erich

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann

Herr Neugebauer, Dieter

Herr Blex, Franz

Herr Funke, Heinz-Josef

Herr Ahlke, Elmar

Es fehlten:

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Beschluss der Jahresrechnung 2004 RPA 1/05, P. 5
5. Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2004
6. Widmung von Straßen im Gemeindegebiet
7. Einrichtung von Umkleideräumen für den Sportstättenbereich
Liesborn
Außerplanmäßige Ausgabe
8. Nutzung der Fraktionsräume
9. Verschiedenes
- 9.1. Ausfall IT-Unterricht an Schulen
- 9.2. Wartehalle an der Kirche Wadersloh
- 9.3. Bürgerbeteiligung zum K+K-Markt in Liesborn
- 9.4. Besuch in Frankreich
- 9.5. Apotheke Diestedde

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Hauptausschusses war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Beschluss der Jahresrechnung 2004

Bezug nehmend auf Punkt 4.2 (RPA 1) hielt RM Schmidt die als Anmerkung in die Niederschrift eingefügte Formulierung für nicht ausreichend. Es gehe darum, ob die Querungshilfe anders ausgeführt worden sei als es im BPA beraten wurde.

Herr Blex sagte zu, im Rahmen der Niederschrift über die heutige Sitzung eine ausführlichere Erläuterung zu geben.

RM Bösl machte darauf aufmerksam, dass nunmehr im öffentlichen Teil des HA über eine Beratung im RPA, die nichtöffentlich sei, gesprochen werde.

Anmerkung:

Die Planungen für die Querungshilfe und Linksabbiegerspur in der Benninghauser Straße und für den Endausbau des Baugebietes „Rote Erde Süd“ (Eichsfeldstraße) sind in verschiedenen Bau-, Planungs- und Strukturausschuss-Sitzungen in den Jahren 2001 – 2003 beraten worden. Bei der Gestaltung der Querungshilfe war es auf Grund der vorhandenen Grundstücksverhältnisse von Anfang an erforderlich, den wesentlichen Schwenk in Richtung Ortsausgang zu planen. Auch wurde vom Landesbetrieb Straßenbau beim Abschluss der Vereinbarung zum Bau der Querungshilfe eine Verschiebung der Mittelinsel um 1,25 m und dadurch eine Entschärfung für die in den Ort einfahrenden Fahrzeuge gefordert. Die Querungshilfe ist nach den Planungsunterlagen der mit dem Landesbetrieb Straßenbau abgeschlossenen Vereinbarung gebaut worden.

Des Weiteren wies RM Schmidt auf den Antrag auf Akteneinsicht zu den Punkten B/5 und B/6 der überörtlichen Prüfung für die Jahre 1999 und 2000 hin (RPA 1, P. 6 S.12).

Auch hierzu äußerte RM Bösl Bedenken, da im öffentlichen Teil des HA über nichtöffentliche Punkte aus der RPA-Sitzung gesprochen werde.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird die Berechtigten zu einem Akteneinsichtstermin während der Öffnungszeiten des Rathauses einladen.

Beschlussvorschlag:

Die Jahresrechnung 2004 wird beschlossen. Sie schließt mit folgendem Ergebnis ab:

Einnahmen/Ausgaben	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt
	€	€
1	2	3
Soll-Einnahmen	15.047.430,57	3.294.864,12
+ Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	1.230.000,00
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	400.000,00
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste	29.521,12	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	15.017.909,45	4.124.864,12
Soll-Ausgaben	14.998.876,51	3.049.952,87
+ Neue Haushaltsausgabereste	57.850,75	1.328.324,89
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste	38.817,81	253.413,64
./ Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	15.017.909,45	4.124.864,12
Fehlbetrag	0,00	0,00
<u>nachrichtlich:</u>		
In Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt enthaltener Überschuss nach § 41 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	= 0,00 €	
Höhe der Zuführung zum Vermögenshaus- halt	= 604.602,64 €	
Höhe der Mindestzuführung	= 107.179,53 €	

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen.

5 Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2004

Zu Beginn der Beratung übergab der Bürgermeister die Sitzungsleitung an die stellvertretende Vorsitzende Böcker-Riese.

Der Hauptausschuss fasste sodann folgenden

Beschlussvorschlag:

Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 2 Enthaltungen.

Nach der Beschlussfassung wurde die Sitzungsleitung wieder an BM Westhagemann übergeben.

6 Widmung von Straßen im Gemeindegebiet

Folgende Straßen sind endausgebaut worden und sollen gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NRW für den öffentlichen Verkehr als Gemeindestraßen gewidmet werden:

1. Eichsfeldstraße
2. Kolpingstraße von Hausnummer 35 – 47
3. Hagedornstraße im Bereich der Hausnummern 1 und 2
4. Nikolausstraße von Hausnummer 19 – 27

Beschlussvorschlag:

Die Eichsfeldstraße, die Kolpingstraße von Hausnummer 35 – 47, die Hagedornstraße im Bereich der Hausnummern 1 und 2 und die Nikolausstraße von Hausnummer 19 - 27 werden gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV.NRW. S. 1028, 1996 S. 81, S 141) zuletzt geändert durch Artikel 114 des Gesetzes vom 25. September 2001 (GV.NRW. S. 708) für den öffentlichen Verkehr als Gemeindestraßen gewidmet. Die Widmung ist mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

7 Einrichtung von Umkleideräumen für den Sportstättenbereich Liesborn Außerplanmäßige Ausgabe

Die Umkleideräume für den Sportstättenbereich sind mit Ausnahme der Installations- und Fliesenarbeiten fertig gestellt. Das Architekturbüro hat in der BPA-Sitzung vom 17.02.2004 mitgeteilt, dass die Kosten der Grundausrüstung für die Umkleideräume im Gesamtbetrag von 213.800,00 € nicht enthalten sind. Der Sportverein Liesborn hat mit Schreiben vom 06.09.2004 die Gemeinde darauf hingewiesen, dass über Anschaffung und Anbringung von Garderoben und Sitzgelegenheiten bislang noch nicht beraten wurde.

Die Kosten für die Grundausrüstung (Garderobe, Bänke aus Stahlrohr mit Aluauflage ohne Schuhroste) belaufen sich auf rund 7.500,00 €. Zwei Angebote von Fachfirmen wurden in

Absprache mit dem Sportverein Liesborn angefordert. Die Montage und Aufstellung erfolgt durch den Sportverein Liesborn.

Deckungsvorschlag:

Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 2955.935.1000.X „Einrichtung der Sporthalle Mauritz“.

BM Westhagemann wies darauf hin, dass vereinbarungsgemäß die Übergabe am 20.06.2005 möglich war, der Verein jedoch bisher nicht an die Gemeinde herangetreten sei.

RM A. J. Fleiter bat um Auskunft, ob bezüglich der in Eigenleistung vorzunehmenden Montage und Aufstellung eine Vereinbarung mit dem Sportverein Liesborn geschlossen wurde. BM Westhagemann antwortete, dass diese Vereinbarung noch nicht unterzeichnet wurde, da zzt. vereinsseitig nicht bekannt sei, wer unterzeichnungsberechtigt ist.

Beschlussvorschlag:

Der außerplanmäßigen Ausgabe für die Grundausstattung der Umkleideräume in Höhe von maximal 7.500,00 € wird zugestimmt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Nutzung der Fraktionsräume

Wie bereits in der Sitzung der Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung berichtet und beraten (siehe u. a. P. 8 LGVM 1 vom 10.03.2005), werden besonders unter dem Eindruck der Veränderungen durch Hartz IV, durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) sowie der immer knapper werdenden finanziellen Spielräume bereits seit Ende des vergangenen Jahres vermehrt Überlegungen zu den zukünftigen Strukturen angestellt. In einem ersten Schritt wurden zum 01.04.2005 verschiedene Änderungen umgesetzt.

In einem nächsten Schritt sollen und müssen nun die nächsten Maßnahmen zeitnah verwirklicht werden. Dabei ist insbesondere der zusätzliche Raumbedarf im Rathaus-Erdgeschoss zu berücksichtigen. Dieser ist auf folgende Zusammenhänge zurückzuführen:

- wie bereits mehrfach berichtet, ist die Fallzahl bei der sog. Hartz IV-Aufgabe deutlich höher, als bisher angenommen
- um mehr Bürgerservice anzubieten und gleichzeitig der notwendigen NKF-Produktzuordnung gerecht zu werden, sind weitere Aufgaben-Bereiche ins Erdgeschoss zu verlegen
- das Kreisjugendamt hat in Aussicht gestellt, die Beratung in Wadersloh zukünftig an einem ganzen Tag pro Woche anzubieten (bisher ein Nachmittag pro Woche), wenn dafür ein Raum zur Verfügung gestellt wird

Um die zuvor beschriebenen, notwendigen sowie sinnvollen Änderungen durchführen zu können, schlägt die Verwaltung vor, einen der derzeit drei zur Verfügung gestellten Fraktionsräume in die Gesamtmaßnahme einzubeziehen und die verbleibenden zwei Fraktionsräume in geänderter Organisationsform und Ausstattung zu nutzen.

In diese Überlegungen sollten auch das neue Ratsinformationssystem (siehe P. 9 LGVM 1 vom 10.03.2005) sowie weitere, bereits seit Jahren beratene Möglichkeiten zur IT-Unterstützung der Fraktionsarbeit einbezogen werden. Auf dieser Grundlage hat die Verwaltung ein IT-Konzept erarbeitet, das den Fraktionen folgende Vorteile bringt und trotzdem keine erheblichen Mehrkosten erzeugt:

- Grds. Nutzung von IT-Technik (PC, Drucker, Scanner) direkt im Fraktionsraum

- Zugang zu verschiedenen Systemen: Aktuelles Ratsinformationssystem, Archiv elektronisch vorhandener Niederschriften (derzeit bis Anfang 1990 vorhanden), Geoinformationssystem, Aktuelles Ortsrecht
- Weitere Möglichkeiten: Speicherung von Daten auf Server mit Viren-, Ausfall- und Datensicherung, Anlegung und Nutzung von gesicherten Mail- sowie Internetzugängen

Bei Einbeziehung aller Faktoren schlägt die Verwaltung deshalb vor, die verbleibenden zwei Fraktionsräume entsprechend dem dargestellten IT-Konzept auszustatten. Für die sichere und praxistgerechte Nutzung wird es notwendig und wünschenswert sein, seitens der Verwaltung Unterstützung und ggf. Schulungen anzubieten.

Hinsichtlich der Raumorganisation schlägt die Verwaltung vor, die zwei Räume jeweils zwei vorher zu benennenden Fraktionen zuzuordnen und in den Räumen Schrankbereiche mit unterschiedlichen Schließungen vorzusehen (Anmerk.: aufgrund der IT-Nutzung wird deutlich weniger Aktenfläche benötigt).

Denkbar wäre, analog zur Fraktionsnutzung sonstiger Räume im Rathaus (z.B. Ausschussszimmer), für die Nutzung einen Jahresplan aufzustellen sowie eine Anmeldung für zusätzliche Termine zu organisieren. Insofern die Fraktionen diese Abstimmungen untereinander vornehmen, könnte von diesem zusätzlichen Aufwand abgesehen werden.

Um zu verdeutlichen, dass auch bei möglichen Überschneidungen von Raumwünschen in diesem Gesamtkonzept kein Engpass auftreten sollte, wird darauf hingewiesen, dass in diesen Fällen wie bisher weitere Besprechungsräume nach einer kurzen Anmeldung zur Verfügung gestellt werden können.

Die oben erwähnten Überlegungen zu den zukünftigen Strukturen sowie deren Umsetzung innerhalb des Rathauses werden in den nächsten Monaten sukzessive vorangetrieben. Aus diesem Grund kann erst nach Abschluss des Veränderungsprozesses entschieden werden, in welchem räumlichen Bereich den Fraktionen demnächst weitere/andere Räume zur ausschließlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Es ist jedoch das erklärte Ziel der Verwaltung, dies im Rahmen der räumlichen Vorgaben (Alarminrichtungen, Datenschutz etc.) vorzusehen und in Abstimmung mit den Fraktionen umzusetzen. In diese Überlegungen sollten dann auch die Erfahrungen aus der gemeinsamen Nutzung von Räumlichkeiten einfließen.

RM Bösl erinnerte daran, dass die CDU-Fraktion seinerzeit zugunsten des Polizeibezirkdienstes auf den Raum verzichtet habe. Nunmehr sei es jedoch notwendig, wieder einen entsprechenden Raum im Rathaus nutzen zu können. Nach Rücksprache mit der FDP-Fraktion sei eine gemeinsame Nutzung eines Fraktionsraumes denkbar.

RM Hollenhorst lehnte die vorgeschlagene Regelung im Namen der FWG-Fraktion ab. Ihre Fraktion nutze den Raum regelmäßig, u. a. an jedem Montag. Bei einem solchen Raum handele es sich um einen sensiblen Bereich, so dass eine gemeinsame Nutzung eines Raumes durch zwei Fraktionen kaum denkbar sei. Sie verwies auf die damalige Beratung zum Rathausneubau. Ihrer Auffassung nach sei allen Fraktionen separate Räume zugesichert worden. Abschließend machte sie deutlich, dass die FWG-Fraktion einen ausschließlich durch sie genutzten Raum fordere und die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung lediglich für einen Übergangszeitraum akzeptieren könne.

RM Bösl widersprach der Darstellung, dass den Fraktionen separate Räume zugesichert worden seien. Seiner Ansicht nach gebe es auch keinen Rechtsanspruch auf solche Räume.

RM E. Schmidt erinnerte daran, dass es die SPD-Fraktion gewesen sei, die damals angeregt habe, den Fraktionen entsprechende Räume im Rathaus zur Verfügung zu stellen. Der seiner Fraktion zugewiesene Raum sei bisher kaum genutzt worden, weil insbesondere die IT-Ausstattung fehle. Die Fraktionen hätten durchaus ein Recht auf eine geeignete Sachausstattung. Trotz ebenfalls vorhandener Bedenken wolle auch seine Fraktion dazu beitragen, dass die Raumverteilung sinnvoll vorgenommen werden könne. Die SPD-Fraktion könne einer gemeinsamen Nutzung eines Raums mit jeder anderen Fraktion zustimmen, wobei ein Konfliktpotential mit der FWG-Fraktion durch deren

vergleichsweise häufigen Nutzung nicht zu verkennen sei. Für jede Fraktion sei es möglich, sich mit der FDP-Fraktion einen Raum zu teilen, da diese den Raum kaum nutze. RM E. Schmidt schlug vor, die Regelung für ein Jahr zu testen.

BM Westhagemann machte deutlich, dass die Verwaltung ohnehin bemüht sei, jederzeit zusätzlich zu den beiden beschriebenen Räumen nach Anmeldung weitere Räume zur Verfügung zu stellen. Dies geschehe bereits laufend für verschiedene Fraktionen. Der Vorschlag, diese Regelung für ein Jahr einzuführen und dann zu überprüfen, sollte in den Beschluss aufgenommen werden.

Beschluss:

Den vier Fraktionen im Rat der Gemeinde Wadersloh werden ab dem 01.09.2005 die Räume 9 und 10 im Rathaus Wadersloh zur Verfügung gestellt. Der Raum 9 wird von der SPD- und der FWG-Fraktion, der Raum 10 von der CDU- und der FDP-Fraktion genutzt. Zeitliche Vorgaben zur Nutzung der Räume werden zunächst nicht vorgenommen. Sie erfolgen in interfraktioneller Absprache. Die IT-Ausstattung der Räume wird entsprechend dem Verwaltungskonzept, das mit Vertretern der Fraktionen besprochen wird, vorgenommen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 10:01:00 (J:N:E) Stimmen.

9 Verschiedenes

9.1 Ausfall IT-Unterricht an Schulen

RM F. Fleiter berichtete, dass der zentrale Computerraum in der Realschule mit der Begründung, dass entsprechendes Lehrpersonal fehle, nicht genutzt werde.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen und darüber in der nächsten Sitzung des HA berichten.

9.2 Wartehalle an der Kirche Wadersloh

RM Hollenhorst ging auf die häufig defekten Glasscheiben an dieser Bushaltewartehalle ein und bat um Weitergabe an den BPA mit der Zielsetzung, eine andere Lösung zu entwickeln.

RM Petertombeck regte zusätzlich an, für diese Beratung die bisher aufgelaufenen Reparaturkosten mitzuteilen.

Ergebnis:

Die Angelegenheit wird in einer der nächsten Sitzungen des BPA beraten.

9.3 Bürgerbeteiligung zum K+K-Markt in Liesborn

BM Westhagemann teilte mit, dass diese Bürgerbeteiligung am 28.06.2005 ab 18:00 Uhr im Klosterhof Liesborn stattfindet. Es handelt sich um die frühzeitige Bürgerbeteiligung zum K+K-Markt in Liesborn.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

9.4 Besuch in Frankreich

BM Westhagemann berichtete über seinen Besuch bei den französischen Partnergemeinden. Die Tage seien sehr gastfreundschaftlich gestaltet worden und verlaufen. Er richtete herzliche Grüße der dortigen Repräsentanten aus.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

9.5 Apotheke Diestedde

Herr Blex trug vor, dass bei der Gemeinde eine weitere Einwendung zu diesem Verfahren eingegangen sei. Diese werde an die Mitglieder des BPA nachgereicht. Je eine Ausfertigung erhielten die Fraktionsvorsitzenden bzw. der Sprecher der FDP-Fraktion im HA während dieser Sitzung.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Ende öffentlicher Teil 17:49 Uhr.

Bürgermeister

Schriftführer

stellv. Bürgermeisterin
zu P. 5

